



Wahlprogramm der FDP Heusenstamm für die Kommunalwahl am 14. März 2021

„Gut für Heusenstamm“

Präambel

Heusenstamm als begehrten Wohnort mit gesunden Strukturen erhalten und ausbauen

Heusenstamm gehört mit seiner verkehrsgünstigen Lage, vielen attraktiven Wohngebieten, einer guten Infrastruktur und einem vielfältigen Angebot bei Bildung, Kultur und Sport zu den begehrten Wohnorten im Kreis Offenbach. Bürgerinnen und Bürger, die sich als Freie Demokraten seit über 50 Jahren für eine freiheitliche, tolerante und auf Chancengleichheit bedachte Bürgergesellschaft engagieren, haben die bisherige Entwicklung wesentlich mitgeprägt.

Über viele Jahre haben wir dazu konstruktiv mit der CDU zusammengearbeitet. Nach der Wahl 2011 hat sie eine „Großen Koalition“ mit der SPD vorgezogen, weil ihr die Mehrheit von einer Stimme mit der FDP nicht ausreichte. Nach der letzten Wahl 2016 genügte dann einer Kooperation aus SPD, Grünen und Freien Wählern die Mehrheit von einer Stimme, um die CDU erstmals mit in die Opposition zu schicken. Sechs Monate zuvor hatte die SPD bereits ihren kommunalpolitisch unerfahrenen Bürgermeisterkandidaten gegen einen allzu siegesgewiss auftretenden CDU-Kandidaten durchgebracht.

Die seitdem eingeleitete und sich zuletzt immer deutlicher abzeichnende Politik in Heusenstamm sehen wir mit Sorge. Förderprogramme des Landes drohen für die Stadtentwicklung bestimmend zu werden. So sollen Vorschlägen der Berater aus Wiesbaden folgend auf den städtischen Grundstücken, auf denen das Feuerwehrhaus und das Jugendzentrum stehen, Geschosswohnungen gebaut werden. Für die bestehenden Einrichtungen sind demgegenüber keinerlei Fortschritte zu erkennen, wie bei vielen weiteren Themen auch. Prioritäten werden falsch gesetzt, Beschlüsse der Stadtverordneten nicht ernst genommen. Die politische Kultur hat in den letzten Jahren gelitten.

Wir wollen Wohnen, Infrastruktur und Gewerbe aufeinander abgestimmt weiter ausbauen. Dieser Dreiklang bildet die Grundlage für eine gesunde Entwicklung unserer Stadt. Zugleich sind dies wichtige Standortfaktoren für Unternehmen, auf deren Beiträge wir zur Finanzierung der städtischen Leistungen mit angewiesen sind. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von Heusenstamm für ein reichhaltiges kulturelles und sportliches Angebot wollen wir nach Kräften unterstützen. Wir wollen Einsicht und Verantwortungsbereitschaft stärken und die richtigen Anreize setzen, wenn es darum geht, dem Klimawandel Rechnung zu tragen und



Maßnahmen zum Gegenwirken sowie zum Abmildern der Folgewirkungen in unserer Stadt zu ergreifen.

Auf der Grundlage unseres Programms bitten wir am 14. März 2021 um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimmen für unsere Kandidaten. Gehen Sie wählen! Eine schweigende Mehrheit stärkt nur die politischen Ränder.

Eine starke FDP im Heusenstammer Stadtparlament steht für eine

- Ausgewogene und zukunftssträchtige Stadtentwicklung,
- weitere Förderung von Kindern und Jugendlichen,
- Umweltpolitik, die dem Klimawandel entgegenwirkt und seine Folgen abmildert
- Konsolidierung der Finanzen ohne drastische Steuerhöhungen,
- verstärkte Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing
- Verkehrspolitik, die unterschiedlichen Anforderungen Rechnung trägt,
- Förderung von Bildung, Kultur und Sport,
- Stärkung von Bürgerengagement und Ehrenamt,
- effiziente Verwaltung, die digitale Techniken bürgerfreundlich anwendet.
- Verbesserungen bei Verkehr und der Versorgung in Rembrücken

I. Ausgewogene Stadtentwicklung

Die weitere Stadtentwicklung ist an den Interessen unserer Stadt auszurichten und nicht an den Interessen des Wohnungsbauministers. Wer in Heusenstamm so viele Wohnungen bauen will, bis die Mieten „bezahlbar“ werden, verkennt den starken Zuzugswunsch, nicht zuletzt schon wegen der verkehrsgünstigen Lage unserer Stadt.

Ein deutlicher Zuzug jüngerer Familien mit Kindern ist nicht nur in den neuen Wohngebieten „Südlich der Hohebergstraße“ und „An der alten Linde“ erfolgt. Vielmehr ist diese Entwicklung auch in Wohngebieten zu beobachten, die vor 40 oder 50 Jahren entstanden sind, seitdem dort mehr und mehr Häuser frei werden. Dadurch hat der Bedarf an Plätzen in Kitas und Schulen bereits erheblich zugenommen.

Den Beschluss der Kooperationsfraktionen, für größere Wohneinheiten 30 % Sozialwohnungen vorzuschreiben, sehen wir äußerst skeptisch. Die Investoren werden einen wirtschaftlichen Ausgleich durch mehr höherpreisige Wohnungen suchen, was zulasten des Angebots im mittleren Preissegment geht. Für jede Sozialwohnung hat die Stadt zudem einen Zuschuss von 10.000 € zu gewähren. Zu der propagierten Erstattung durch das Land wird verschwiegen, dass diese nur dann erfolgt, wenn die Beträge wiederum für weitere Wohnungsbauprojekte eingesetzt werden.

Für die FDP gilt:

- Parallel zur Schaffung **weiteren Wohnraums** müssen **Infrastruktur und Gewerbe** mitwachsen. Die Stadtentwicklung soll uns mehr Lebensqualität bringen und nicht weniger. Das Wachstum bzw. die damit verbundenen Investitionen in die Infrastruktur aber auch deren Betrieb müssen finanziell verkraftbar bleiben.
- Wir sehen den Trend, wegzukommen von einer funktionalen Trennung von Wohnen und nicht störendem Gewerbe. Stattdessen brauchen wir **urbane Quartiere**, in denen sich die Menschen gerne aufhalten und dessen Einrichtungen sie zusammenführen. Dazu gehören Bäcker und Nahversorger ebenso wie Ärzte und Kitas.
- Die weitere Stadtentwicklung muss **ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen** so gut wie möglich gerecht werden.
- Die FDP fordert, der Entwicklung der beiden großen zum Teil brach liegenden Flächen des **ehemaligen Brückenbauhofs** (zwischen S-Bahn und Industriestraße) und des **ehemaligen Fernmeldezeugamtes** (zwischen Philip-Reis-Str. und Industriestraße) Priorität einzuräumen. Dort können mehrere hundert Wohnungen neu entstehen. Zudem bieten sie Raum auch für attraktive mit dem Wohnen verträgliche gewerbliche Einrichtungen. Wir wollen, dass beides realisiert wird, wie dies auch in den

Potentialanalysen vorgeschlagen wird. Diesen Projekten kommt für die Stadtentwicklung weitaus mehr Bedeutung zu als den letzten städtischen Grundstücken am Feuerwehrkreisel.

- Wir sehen die Erweiterung und **Ertüchtigung des bestehenden Feuerwehrhauses** unter den gegebenen Umständen als die beste und auch wirtschaftlichste Lösung an. Das Gelände direkt zwischen zwei Ein-/Ausfahrtstraßen direkt am Kreisel gelegen ist für diese Nutzung prädestiniert, was für eine Wohnbebauung an dieser Stelle nicht gilt.
- Geschützt liegt das angrenzende **Grundstück des ehemaligen Bauhofs**. Dort können Wohnungen zum Beispiel für städtische Bedienstete entstehen, kombiniert mit öffentlichen Einrichtungen oder Flächen für Handel und Dienstleistung, für die beim nahegelegenen Friedhof auch Parkplätze vorhanden sind. Das freie Grundstück neben der Hautarztpraxis könnte mit einbezogen werden, wenn der Investor den Verbleib der Feuerwehr zum Anlass nimmt, sein Grundstück weiterzuverkaufen und die Stadt ihr Vorkaufsrecht ausübt.
- Der Prüfung auch **genossenschaftlicher Modelle** bei der Finanzierung von Wohnraum stehen wir aufgeschlossen gegenüber.
- Die FDP begrüßt, dass sich ganz neue Möglichkeiten für das Gelände des sog. **Campus** hinter dem Schwimmbad abzeichnen. Durch die S-Bahn ist es hervorragend angebunden, zudem stehen dort Parkplätze zur Verfügung. Wir werden die Absichten des neuen Eigentümers unterstützen, dort ein urbanes Gebiet entstehen zu lassen, das wieder in das Stadtleben integriert ist.
- Die FDP wird sich aktiv dafür einsetzen, dass dort neben den gewerblichen Nutzungen Bereiche für **verschiedene Formen des Wohnens** geschaffen werden können, wie Mehr-Generationen- und altersgerechtes Wohnen aber auch Lofts und Wohnungen mit Ateliers für Kreative. Daneben wollen wir auch **soziale, kulturelle und weitere Einrichtungen** ermöglichen.
- Der Campus wurde als Bildungszentrum der Bundespost errichtet. Die FDP möchte wieder eine größere **Bildungseinrichtung** in Heusenstamm etablieren. Wegen der großen Nachfrage bieten sich zum Beispiel Einrichtungen im Pflege- und Betreuungsbereich an.
- Auf unser Drängen hat sich geklärt, dass die katholische Kirchengemeinde selbst keine Ersatzbebauung mehr auf dem Grundstück ihres jetzigen **Pfarrzentrums St. Cäcilia** für sich vornehmen wird. Sie hat mitgeteilt, die Fläche zu marktüblichen Konditionen verpachten zu wollen und dauerhaft lediglich an einem Raum für ihre Sakristei interessiert zu sein.

- Der Bürgermeister verfolgt das Projekt als städtisches **Familienzentrum** weiter, obwohl die Stadtverordnetenversammlung auf unseren Antrag hin klargestellt hat, dass der erteilte Sondierungsauftrag nicht unter diesen Umständen erteilt worden ist. Nur wenn ein Konzept mit Angaben zu den Nutzungen, dem diesbezüglichen Bedarf und den Kosten ergibt, dass ein solches Projekt für die Stadt überhaupt sinnvoll und der Standort inmitten der Wohnbebauung geeignet ist und insbesondere auch die Folgekosten auf Dauer zu finanzieren sind, können wir uns eine Realisierung vorstellen.
- Wir wollen das Gelände zwischen den beiden Kindertagesstätten „Schlosszwerge“ und „Wiesenbornweg“ südlich des Rathauses entwickeln. Dazu soll ein Durchstich vom Platz der Verschwisterung bis zur Einfahrt des Parkplatzes beim „Hinteren Schlösschen“ geprüft werden. Das sog. „**Hammer-Haus**“ wollen wir als Fachwerkhaus sanieren und durch eine bauliche Ergänzung für die Unterbringung sozialer Einrichtungen herrichten. Dabei denken wir auch an Vereine wie beispielsweise die Bürger- und Seniorenhilfe.
- Das städtische „**Dinkler-Gelände**“ hinter dem Jugendzentrum gegenüber dem Feuerwehrhaus ist in einem erbärmlichen Zustand, an dem sich auch in letzten Jahren nichts geändert hat. Wir fordern zu prüfen, ob das Grundstück für städtische Belange genutzt werden kann, bevor eine Veräußerung an Wohnungsbauunternehmen erfolgt, wie vom Bürgermeister gewollt.
- Wir wollen **Wohngebiete aus den 60er und 70er Jahren aufwerten** und attraktiver machen. Dazu sollen insbesondere bei anstehenden Sanierungen von Straßen und Wegen mit den Anwohnern geeignete Maßnahmen besprochen und umgesetzt werden.
- Um Häuser leichter renovieren oder an geänderte Bedürfnisse ihrer Bewohner im Alter anpassen zu können, wollen wir die Einführung von Modellen ähnlich dem „**Netzwerk Wohnen**“ im Rheingau-Taunus-Kreis prüfen. Erfahrungsaustausch, Standardisierung und Koordination können dazu beitragen, Kosten zu senken und Aufwand zu verringern. Chancen sehen wir insbesondere, wenn in Reihenhaussiedlungen Häuser des gleichen Typs betroffen sind.
- Wir begrüßen die Absicht der Landesregierung, zur **Grundsteuer C** eine Regelung aufzunehmen, die es ermöglicht, Eigentümer baureifer Grundstücke durch eine Staffelung der anfallenden Steuer in Abhängigkeit von der Dauer der Baureife dazu anzuhalten, ihr Grundstück alsbald zu bebauen oder bauwilligen privaten Investoren zum Kauf anzubieten.

II. Bildung, Kinder und Jugendliche: entscheidend für unsere Zukunft

Bildung ist das wichtigste Kapital unserer Gesellschaft und ein Wert an sich. Ziel der FDP ist es, jeden nach seinen Fähigkeiten und Begabungen optimal zu fördern. Bildung und Erziehung unserer Kinder beginnt von Anfang an und ist zuerst Aufgabe der Eltern. Um sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, sollen Familien auf ein breites Angebot von Krippen, Kindertagesstätten sowie Plätzen bei Tagesmüttern zur Betreuung der unter und über Dreijährigen zurückgreifen können.

Durch den Zuzug von Familien mit Kindern in Neubaugebieten und den altersbedingten Wechsel bei Bewohnern älterer Stadtteile ist die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen stark gestiegen. Ende 2018 stoppte der Magistrat aus Kostengründen den Umbau der Schlossmühle zu einer Kindertagesstätte, ohne Alternativen aufzuzeigen. Erst auf hartnäckiges Fordern der FDP hin wurde – mit vielen Verzögerungen- ein Konzept zur Deckung des Bedarfs vorgelegt, das schließlich beschlossen werden konnte.

Davon wurde -neben kleineren Erweiterungen- bislang lediglich eine größere Einrichtung realisiert, die als Übergangslösung vorgesehen ist und auf einem Grundstück steht, das großzügige Eigentümer der Stadt für fünf Jahre zur Verfügung gestellt haben. Das wenig ambitionierte Vorgehen des Magistrats führt zum Fortbestand einer langen Warteliste.

Die Kooperation aus SPD, Grünen und Freien Wählern feiert die komplette Abschaffung der Kitagebühren für Kinder über drei Jahren als ihren großen sozialpolitischen Erfolg. Sie selbst hat aber keinen Anteil daran, dass das Land beschlossen hat, den Kommunen für die erste bis sechste Betreuungsstunde den Anteil der Kosten in der Höhe zu zahlen, wie er im Landesdurchschnitt von den Eltern beigesteuert wurde.

Auch die FDP möchte grundsätzlich, dass Kindertagesstätten gebührenfrei sind. Für vorrangig halten wir aber, zunächst die Wartelisten abzubauen, damit dann alle Eltern von der Gebührenfreiheit profitieren. Auch muss erst die Qualität und Verlässlichkeit der Kinderbetreuung sichergestellt sein. Die Eltern haben uns bestätigt, darauf viel mehr Wert zu legen als auf eine Gebührenfreiheit.

Die FDP tritt deshalb dafür ein, Gebühren ab der siebten Stunde, welche die Landesregierung nicht übernimmt, vorerst nicht abzuschaffen. Die Gebührenhöhe soll einkommensabhängig gestaffelt werden. So erwirtschaftete Mittel wollen wir in weitere Kita-Plätze und ausreichend Personal für kleinere Gruppen und Vertretungsfälle investieren.

Mit dem ab 2025 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter kommen weitere Herausforderungen mit großen finanziellen Auswirkungen auf die Stadt zu. Die Schaffung weiterer bedarfsgerechter Hortplätze muss jetzt eingeleitet werden.

Wir treten dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche auch nach dem Wechsel in weiterführende Schulen ein attraktives Angebot besteht, um sich in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen unter fachlich geschulter Anleitung weiter zu entwickeln. Dabei kommt der städtischen Jugendarbeit besondere Bedeutung zu. Beim Jugendzentrum ist trotz des bestehenden Handlungsbedarfs in den letzten Jahren nichts geschehen.

Unser jüngst gestellter Antrag zu prüfen, ob die leerstehende Schlossmühle für die Jugendarbeit genutzt werden kann, zusammen mit der Scheune, dem Innenhof und den benachbarten Grünflächen, wurde von den Fraktionen der Kooperation abgelehnt. Der Bürgermeister hatte im Herbst 2017 den Neubau eines Jugendzentrums verfolgt. Das Ergebnis einer daraufhin beschlossenen Prüfung wurde dem Parlament zwei Jahre lang vorenthalten und erst auf Anfrage der FDP vorgelegt. Danach wird ein Neubau befürwortet. Nach Mitteilung des Bürgermeisters prüfe man aber inzwischen eine dezentrale Jugendarbeit. Ein Konzept dafür besteht jedoch bislang nicht.

Die FDP misst der kulturellen sowie musischen Bildung und Erziehung einen hohen Stellenwert bei. Schulen und weitere städtische Bildungsangebote wie die Musikschule und die Stadtbücherei sollen gestärkt und unseren Kindern mit ihren individuellen Lernvoraussetzungen, ihrer Persönlichkeit und ihrem jeweiligen Entwicklungsstand optimale Lernvoraussetzungen bieten.

Für die FDP gilt:

- Die **Warteliste** für Kita-Plätze ist schnellstmöglich abzubauen. Weitere Verzögerungen bei der Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zur Deckung des Bedarfs sind zu vermeiden. Die Führung der Warteliste und die Vergabe von Plätzen müssen nach transparenten Regeln erfolgen.
- Eine ausreichende Anzahl von Plätzen und ein **guter Fachkraft-Kind-Schlüssel** sind wichtiger als eine Abschaffung der Elternbeiträge. Nur so können mehr qualitativ hochwertige Betreuungsplätze geschaffen werden.
- Das **Tagesmüttermodell** mit oftmals besonders flexiblen Betreuungszeiten ist zu fördern und als gleichwertiges Angebot weiter zu entwickeln. Dazu ist die Bereitstellung von Räumen und die Unterstützung in Vertretungsfällen wie auch eine Beteiligung an den Ausbildungskosten zu prüfen.
- Eltern sollen unter einem Angebot verschiedener auch privater **unterschiedlicher Träger** von Kinderbetreuungseinrichtungen mit eigenständigem Profil wählen können.

- Mit ortsansässigen größeren Unternehmen soll in Kooperation mit der Stadt die Einrichtung von **Betriebskindergärten** geprüft werden, um auch so den Bedürfnissen flexibel Rechnung tragen zu können und die Kosten für die Stadt möglichst zu begrenzen.
- Die **Leitungen der Kitas** sollen von organisatorischen und technischen Tätigkeiten entlastet werden, die für ihre Aufgaben nicht spezifisch sind.
- Um genügend Erzieherinnen und Erzieher für Heusenstamm gewinnen zu können, sollen die **Arbeitsbedingungen** weiter verbessert werden. Die Möglichkeiten, Bediensteten am Ort Wohnraum in bestehenden oder neu zu errichtenden städtischen Gebäuden anzubieten, sind zu prüfen.
- Die **Schulkindbetreuung** ist bedarfsgerecht auszubauen.
- Für die **städtische Jugendarbeit** ist ein Konzept zu entwickeln und die Raumfrage zu klären. Nach Vorstellung der FDP kann gerade auch bei einer dezentralen Jugendarbeit die Schlossmühle als attraktiver Standort einbezogen werden.
- Die offene Jugendarbeit soll mit den Angeboten der Kirchengemeinden, der Vereine und wo möglich der Nachbarstädte abgestimmt werden. Durch **Kooperationen** und gegenseitige Ergänzungen sollen Jugendliche aller Altersgruppen erreicht werden und auf Möglichkeiten stoßen, in der Freizeit ihren Interessen und Hobbies in Heusenstamm nachgehen zu können.
- Bei der **Vereinsförderung** soll die geleistete Jugendarbeit in stärkerem Maße berücksichtigt werden.
- Maßnahmen zur interkulturellen Verständigung und Integration sollen auch unter Jugendlichen verstärkt werden. Der **Schüleraustausch** ist zu intensivieren.

III. Umwelt schützen, Klimawandel entgegenwirken und Folgen abmildern, Naherholung fördern

Klimaschutz muss auch auf kommunaler Ebene ansetzen. Dabei sind Fortschritte nur mit und nicht gegen die Bürger zu erreichen. Wir wollen, dass in unserer Stadt ein klima- und umweltfreundliches Verhalten durch Aufklärung und Information stärker unterstützt wird. Die Furcht vor mehr Laub darf nicht zur Ablehnung von mehr Grün im Stadtgebiet führen. Im Einzelfall sind Möglichkeiten einer Laubrente zu prüfen, wenn durch Anpflanzungen besondere Lasten im Einzelfall ausgelöst werden.

Maßnahmen und Anreize müssen in ihren Auswirkungen nachvollziehbar und effizient sein. Das Ziel der Klimaneutralität ist nach unserer Überzeugung sozial ausgewogen, grundrechtskonform und mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu verwirklichen.

Naherholungsgebiete liegen in Heusenstamm "vor der Tür". Welch großer Vorteil dies ist, hat sich gerade unter den gegenwärtigen Corona-Bedingungen gezeigt. Wer die vielfältigen Möglichkeiten zu Radtouren und Spaziergängen nutzt, sieht aber auch, in welchem besorgniserregenden Zustand der uns umgebende Wald ist. Nach Stürmen und mehreren heißen sowie trockenen Sommern in Folge sind die Bäume flächendeckend geschädigt. Hier gegenzuwirken und die Schäden zu beseitigen, ist der FDP ein Kernanliegen.

Der verkehrsgünstigen Lage von Heusenstamm stehen die Auswirkungen des nahegelegenen Flughafens und der wenige hundert Meter nördlich der Stadtgrenze verlaufenden stark befahrenen Autobahn 3 gegenüber. Die Politik in Heusenstamm muss darauf ausgerichtet sein, dass die Belastungen soweit wie möglich eingedämmt werden. Zusätzlicher Fluglärm durch neue Flugrouten oder geänderte Anflugverfahren müssen abgewehrt werden. Einen weiteren Ausbau der A3 ohne Lärmschutzmaßnahmen darf es nicht geben.

Für die FDP gilt:

- Wir treten für eine Umsetzung und Fortschreibung des **Klimaschutzkonzeptes** für Heusenstamm ein.
- Wir wollen, dass in Heusenstamm Möglichkeiten des **ökologischen Bauens** Beachtung geschenkt und wo möglich genutzt werden. Organische und wiederverwendbare Baumaterialien sowie begrünte Fassaden und Dächer tragen wesentlich zur Klimafreundlichkeit bei. Entscheidungen zwischen Sanierung oder Neubau sind auch nach ökologischen Gesichtspunkten zu treffen.
- Um die Folgen der zunehmenden Erwärmung und der wachsenden Zahl von sogenannten Tropennächten abzumildern, ist dem **Erhalt des Waldes**, der Pflege und der Erweiterung von Grünflächen sowie dem Anpflanzen weiterer Bäume im

Stadtgebiet hohe Priorität einzuräumen. Eingriffe in den Wald zur Ausweitung von Baugebieten müssen dauerhaft ausgeschlossen sein.

- Das Areal um das **Naturschutzgebiet an der Düne** wollen wir aufwerten und für Jung und Alt attraktiver gestalten. Ein Rundweg als ebenerdiger Dünensteg und Aufforstungsmaßnahmen sollen ebenso als Mittel dazu geprüft werden, wie Fitnessparcours und ein Barfußpfad.
- Das Hofgut **Patershausen** mit seinen landwirtschaftlich genutzten Flächen muss in der bestehenden Form erhalten bleiben.
- Die Zunahme extremer Wettersituationen mit Starkregen und Sturm verlangt, den **Gewässer- und Hochwasserschutz** zu verstärken. Die Grundstückseigentümer sollen darüber informiert werden, welche Maßnahmen sie - insbesondere zur Entlastung des Kanalnetzes - ergreifen können.
- Die sich um den Umweltschutz kümmernden Vereine und Verbände, besonders die **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald**, müssen gefördert und unterstützt werden.
- Die Belastung der Bürger durch Fluglärm muss reduziert werden, neue Belastungen müssen verhindert werden. Das **Nachtflugverbot** hat sich bewährt, auf die Einhaltung muss gedrungen werden.
- Systeme zur präziseren Einhaltung von **Abflugrouten** müssen dafür genutzt werden, dass die *zwischen* Gravenbruch und Heusenstamm nach Süden führende Route eingehalten und nicht erst über Wohngebieten in Heusenstamm südlich abgeschwenkt wird.
- Die Stadt muss auf allen Ebenen, besonders in der **Fluglärmkommission**, darauf hinwirken, dass keine zusätzlichen Flugouten oder neue Anflugverfahren zulasten von Heusenstamm eingeführt werden. Eine bloße Umverteilung von Fluglärm lehnen wir ab.
- Auf das sogenannte **Konsultationsverfahren** zu geplanten Maßnahmen zum „aktiven Schallschutz,“ über das erst auf unsere Initiative eine Informationsveranstaltung stattfand, muss sich Heusenstamm optimal und unter Zuhilfenahme erforderlicher externer Expertise vorbereiten.
- Stark zugenommen hat die Lärmbelastung durch die Autobahn A 3; die Stadt muss sich mit Nachdruck für den Bau einer **Lärmschutzwand** entlang der Südseite der A3 einsetzen - eine weitere Verbreiterung der A 3 ohne Lärmschutz darf es nicht geben.

- Die Renaturierung des durch **Sandabbau** südlich von Martinsee ausgebaggerten Geländes entsprechend dem mit dem Betreiber geschlossenen Vertrag soll nur erfolgen, wenn eine Gefährdung des Grundwassers ausgeschlossen ist. Ansonsten treten wir für die Anlage eines offenen Gewässers ein.
- Das **Vertragsmanagement** ist hinsichtlich der über den Sandabbau bestehenden vertraglichen Bestimmungen zu verbessern.
- Die Nutzung **erneuerbarer Energien** muss - wo wirtschaftlich sinnvoll - forciert werden.
- Wir unterstützen den Erlass einer **Baumschutzsatzung**. Berechtigte Anliegen der Betroffenen sind dabei ausreichend zu berücksichtigen.
- Die Messwerte der von dem benachbarten **Müllheizkraftwerk** der EVO ausgehenden Emissionen sollen von der Stadt regelmäßig abgefragt und den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

IV. Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten

Die wirtschaftlichen und damit finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie können derzeit nicht verlässlich abgesehen werden. Fest steht, dass Hilfen von heute Steuern und Abgaben von morgen sind.

Bereits vor der Pandemie bedurften die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen dringend der Verbesserung. Ausgabenwirksame Regelungen des Gesetzgebers, wie der eingeführte Anspruch auf einen Kindergartenplatz und demnächst auch auf eine Schulkindbetreuung, müssen mit entsprechenden Finanzzuweisungen einhergehen. Statt die Kommunen finanziell auskömmlich auszustatten gängelt die schwarz/grüne Landesregierung mit Förderprogrammen und lässt sich für Zuschüsse aus Mitteln feiern, die den Kommunen an anderer Stelle vorenthalten werden.

Die Kooperation brüstet sich damit, den Haushaltsausgleich geschafft zu haben. Richtig ist, dass Kitas erst später als vorgesehen in Betrieb gehen, was den Haushalt vorübergehend durch weniger Aufwand für die Kinderbetreuung entlastet. Die Leidtragenden sind die „Kitalosen“. Die Kommunalaufsicht stellte im Juni 2020 fest, dass es unabhängig von „Corona“ nachhaltiger und durchgreifender Maßnahmen der Stadt Heusenstamm bedarf, um in Zukunft eine geordnete Haushaltswirtschaft sicher zu stellen.

Nachdem die dauerhafte Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch Kassenkredite zu Recht unterbunden wurde, genehmigt die Kommunalaufsicht den Haushalt nur, wenn Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen sind. Gelingt dies nicht durch Sparmaßnahmen, bleibt nur der Einsatz von Rücklagen, solange solche vorhanden sind, oder die Erhöhung der von der Stadt erhobenen Steuern. Dies betrifft insbesondere die Grundsteuer, weil die Einnahmen daraus zu hundert Prozent allein der Kommune zustehen. Ein Prozent beim Hebesatz entspricht bislang in etwa einer Einnahme von 10.000 Euro.

Für die FDP gilt:

- Im Verbund mit den kommunalen Spitzenverbänden muss die Stadt verstärkt darauf drängen, dass die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet werden. **Zusätzliche Aufgaben** dürfen nur übertragen werden, wenn dafür auch **zusätzliche Mittel** bereitgestellt werden. Zuschüsse für weitere Kindereinrichtungen dürfen sich nicht auf die Investitionskosten beschränken. Entlastungen sind insbesondere auch für die zusätzlich entstehenden Personalkosten dringend erforderlich.
- Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Landesregierung das **Recht auf kommunale Selbstverwaltung** untergräbt und über ideologisch geprägte Förderprogramme mitbestimmen und mitgestalten will. Förderprogramme müssen die Ausnahme bleiben, um neue Entwicklungen anzustoßen oder besondere Missstände zu beheben.

- Der tatsächliche Nutzen für die Stadt aus einem **Förderprogramm** ist kritisch zu hinterfragen. Wertvolle Ressourcen in den politischen Gremien und der Verwaltung dürfen nicht durch komplizierte Richtlinien und fragwürdige sowie umständliche Verfahren bei ungewissem Ertrag leichtfertig gebunden werden. Mögliche Alternativen zur Erlangung finanzieller Unterstützung für einzelne Projekte sind zu prüfen.
- Um die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu halten und zu verbessern ist eine zielgerichtete **Förderung ansässiger Unternehmen** und die Anwerbung weiterer Betriebe in unserer Stadt erforderlich.
- Auf der Ausgabenseite sehen wir weiterhin das Erfordernis, alle Positionen auf den Prüfstand zu stellen und auf Möglichkeiten zur Erreichung von Einsparungen und Synergien zu durchleuchten. Um die wirklichen Kosten für die einzelnen Bereiche besser zu erkennen, ist der von der FDP angestoßene Prozess für einen **transparenten Haushalt** fortzusetzen.
- Durch ein „**Benchmarking**“ mit vergleichbaren Kommunen sind Möglichkeiten zu Effizienzsteigerungen der Verwaltung zu prüfen. Mit den Nachbargemeinden ist eine Zusammenarbeit zu vereinbaren, wo dies zu Einsparungen führt. Im Personalbereich der Stadt ist zu prüfen, ob freiwerdende Stellen wegfallen können, weil der bisherige Leistungsumfang nicht zwingend aufrechterhalten werden muss.
- Wir wollen, dass alle Möglichkeiten einer **interkommunalen Zusammenarbeit** geprüft und ausgeschöpft werden, um Synergien und Kostenvorteile zu realisieren.
- Alle Investitionen müssen auf ihre Zukunftsträchtigkeit hin überprüft und einer strengen **Kosten-/Nutzenanalyse** unterzogen werden. Insbesondere wenn sie nicht der Zukunftssicherung dienen oder es sich um freiwillige Leistungen der Stadt handelt, sind Prioritäten zu setzen und ist zu prüfen, worauf zugunsten wichtiger Aufgaben gegebenenfalls verzichtet werden kann.
- Das **Sportzentrum Martinsee** und unser **Schwimmbad** bilden die beiden größten Ausgabenblöcke bei den freiwilligen Leistungen. Weitere größere Einrichtungen wie etwa ein sog. Familienzentrum in der Altstadt dürfen die dauerhafte Finanzierung nicht gefährden.
- Unsere Anfrage zum Zustand des **Straßen- und Wegenetzes** hat ergeben, dass höhere jährliche Investitionen für dessen Erhalt erforderlich sind, um die laufende Abnutzung zu kompensieren und ein Anwachsen des Sanierungsstaus zu verhindern. Wir befürworten die Finanzierung des bislang bei grundhaften Sanierungen durch

Anliegerbeiträge gedeckten Kostenanteils aus allgemeinen Steuermitteln. Anders als bei wiederkehrenden Straßengebühren, die zudem mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden sind, kommen dabei alle Nutzer für die Kosten auf, nicht nur Grundstückseigentümer.

- Das wirtschaftliche Ergebnis der 33 im **städtischen** Eigentum stehenden **Wohngebäude** ist zu verbessern. Vergünstigungen bei den Mieten sind im Einzelfall zu begründen, auszuweisen und im Sozialetat abzubilden.
- Auf unseren Antrag hin wurde die Einrichtung eines „**Arbeitskreises Städtische Finanzen**“ beschlossen. Die aktuelle Situation bietet Anlass, dieses Gremium jetzt auch zu nutzen.
- Die FDP ist stets bemüht, **Steuern und Abgaben stabil** zu halten. Steuererhöhungen sehen wir als das letzte Mittel zur Haushaltskonsolidierung an.

V. Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing verbessern, Einnahmen sichern

Eine leistungsstarke Wirtschaft ist die notwendige Voraussetzung, um den finanziellen und politischen Handlungsspielraum zu erhalten, Ideen umzusetzen und die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Heusenstamm liegt sehr verkehrsgünstig im südlichen Rhein-Main-Gebiet. Frankfurt und Offenbach sind schnell zu erreichen, aber auch Städte im benachbarten Bayern. Zu den hervorragenden Standortvorteilen gehören eine gute Infrastruktur, optimale Verkehrsanbindungen sowie ein -dank vieler Einrichtungen und des von den Bürgern aktiv gestalteten Kultur- und Freizeitangebots- hoher Wohnwert. Unsere Stadt bietet damit sehr gute Voraussetzungen, um mit einer aktiven Wirtschaftsförderung und einem kreativen Stadtmarketing Unternehmen anzuziehen.

Neben dem Ausbau des Angebots von Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe in Heusenstamm muss auch die Ansiedlung weiterer größerer Unternehmen nachdrücklich betrieben werden, um private und öffentliche Einkommen zu sichern.

Im Mai 2017 hat das Stadtparlament auf Antrag der FDP den Magistrat beauftragt, einen Bericht über die Wirtschaftsförderung vorzulegen. Dieser liegt bis heute nicht vor. Im August 2020 haben wir dann nach dem Potential für die Ansiedlung neuer und die Erweiterung vorhandener Gewerbebetriebe gefragt. Es wurde mitgeteilt, dass unbebaute oder entwicklungsfähige Grundstücks- und Lagerflächen in Heusenstamm knapp seien. Das gewerbliche Entwicklungspotential sei so gut wie ausgeschöpft.

Die FDP betrachtet es deshalb als dringende Aufgabe, für Unternehmen in Heusenstamm engagierter als derzeit günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Für die FDP gilt:

- Stadtmarketing und **Wirtschaftsförderung ist Chefsache** und muss von der Verwaltungsspitze mit hoher Priorität gezielt, strukturiert und nachhaltig betrieben werden.
- Durch regelmäßige Gespräche und **Befragungen der ansässigen Unternehmen** sollen die Zufriedenheit mit dem Standort Heusenstamm sowie bestehende Bedürfnisse und Absichten ermittelt werden, um die Unterstützung durch die Stadt optimieren zu können.
- Die Vorteile des Standortes Heusenstamm müssen im Rahmen eines offensiven Stadtmarketing stärker herausgestellt und kommuniziert werden. Dabei ist **ein**

deutliches Profil für den Wirtschafts- und/oder Dienstleistungsstandort Heusenstamm zu erarbeiten.

- Mit **turnusmäßigen Berichten** soll das Stadtparlament über die zur Wirtschaftsförderung und zum Stadtmarketing ergriffenen Maßnahmen informiert werden.
- Den **Campus Heusenstamm**, der durch den S-Bahn-Anschluss besonders gut verkehrstechnisch angebunden ist, wollen wir so weiterentwickeln, dass Möglichkeiten für die Ansiedlung neuer Unternehmen optimal genutzt werden. Dazu zählen wir insbesondere Dienstleistungs- und Schuleinrichtungen sowie einen Beherbergungsbetrieb.
- Auch auf den Flächen des ehemaligen **Brückenbauhofs** und des ehemaligen **Fernmeldezeugamtes** müssen neben Wohnraum Erweiterungs- und **Ansiedlungsmöglichkeiten für Unternehmen** geschaffen werden.
- Von der angestrebten Belebung der **Industriestraße** ist wenig zu sehen. Zur Reaktivierung und Weiterentwicklung ist mit den Eigentümern ein umfassendes Konzept, das auch die Seitenstraßen umfasst, zu erarbeiten und umzusetzen.
- Von den großen Lebensmittelketten sind in Heusenstamm nur zwei vertreten. Dies wird sich auch durch den Bau eines weiteren Marktes auf dem ehemaligen Baake-Gelände an der Frankfurter Straße nicht ändern. Wir wollen, dass auf dem Gelände des ehemaligen Brückenbauhofs, benachbart zu dem bestehenden Discountmarkt, nicht nur eine Fläche für einen **Drogeriemarkt**, sondern auch für einen **weiteren Lebensmittelversorger** entsteht.
- Ein breites und vielfältiges Angebot in unserer Stadt trägt zur Bindung der Kaufkraft bei, schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze und vermeidet unnötigen Verkehr. Mit den Betreibern und Vermietern der Geschäfte auf der **Frankfurter Straße** und im **Zentrum Alte Linde** müssen Konzepte zur Sicherung der Standorte erarbeitet werden. Dabei sollen nach Möglichkeit Angebots- und Sortimentslücken geschlossen werden.
- Im kompletten Stadtgebiet ist die internetbasierte Arbeit durch die Schaffung der **schnellsten Breitbandverbindung** zu erleichtern. Auch eine Anbindung an „Starlink“ soll überprüft werden.
- Wir möchten, dass in Heusenstamm ein **Gründerzentrum** entsteht. Dabei wollen wir Kooperationen mit ansässigen Unternehmen initiieren.



- Für besonders dynamische oder innovative Unternehmen in Heusenstamm soll ein **Innovationspreis** ausgelobt werden.

VI. Verkehrspolitik muss unterschiedlichen Anforderungen Rechnung tragen

Die FDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass für die Menschen in Heusenstamm ein hohes Maß an Mobilität gewährleistet ist. Ziel ist für die FDP die Pflege, Erhaltung und - soweit erforderlich - Erweiterung eines effizienten, sicheren sowie umwelt- und klimaschonenden Verkehrsnetzes für alle Verkehrsformen.

Ziele in Heusenstamm, vor allem Schulen, Kindergärten, Praxen, öffentlichen Einrichtungen und Einkaufslagen müssen nicht nur zu Fuß, sondern auch per Rad sicher und leicht erreichbar sein. Auch für Lastenräder sind ausreichende Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

Wir fordern, das überörtliche Radwegenetz zügig weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten, auch um Berufspendlern Alternativen zur Erreichung ihres Arbeitsplatzes zu bieten.

Belastungen durch den Individualverkehr sind in Grenzen zu halten. Verkehrsströme sind so flüssig wie möglich zu gestalten. Der überörtliche Individualverkehr muss, wo immer dies möglich ist, um Heusenstamm herumgeleitet werden.

Das ÖPNV-Angebot wollen wir weiter optimieren. Dazu fordern wir, innovative und effiziente Lösungen einzuführen, um Lücken zu schließen.

Bei der Schaffung der erforderlichen Infrastruktur für neue Antriebsformen muss die Stadt eine aktive Rolle einnehmen.

Für die FDP gilt:

- Gerade im Ballungsraum tragen -insbesondere kleinere- Elektrofahrzeuge zur Reduzierung von Emissionen bei. Gemäß einem Antrag der FDP soll die Stadt bei dem zuständigen Stromkonzessionär darauf hinwirken, dass Garagenhöfe wo erforderlich nachträglich kostengünstig Stromanschlüsse erhalten, um **Ladeboxen** installieren zu können.
- Die Stadt muss dringend darauf hinwirken, dass die **S-Bahn** in Heusenstamm verlässlicher fährt. Dies ist weitaus wichtiger als ein vom Bürgermeister propagierter zweiter Haltepunkt in Heusenstamm, für den nicht einmal ein Gelände benannt wird.
- Es ist zu prüfen, ob der weitgehend ausgeschöpfte Parkraum im Bereich der S-Bahn-Station durch Markierungen auf dem Platz gegenüber dem Busbahnhof effizienter genutzt werden kann. Als weitere Option kommt für die FDP dort der Bau eines **Parkdecks** in Betracht.

- Um zeitliche oder räumliche Angebotslücken beim ÖPNV zu schließen, haben wir beantragt auch für Heusenstamm die Einführung eines **Gutscheinsystems** zu prüfen. Dabei erhält ein zu definierender Personenkreis Gutscheine, die bei Vertrags-Taxiunternehmen bei der Zahlung einer Fahrt zu vorher bestimmten Zielen oder Zeiten eingesetzt werden können.
- Die Einführung eines **Stadtbus**, wie von Fraktionen der Kooperation diskutiert, halten wir demgegenüber aus Kostengründen (geschätzt werden 800.000 Euro p.a.) für illusorisch und für Augenwischerei.
- Heusenstamm muss verstärkt darauf hinwirken, dass der durch das DHL-Zentrum zusätzlich belastete Engpass beim **Autobahnanschluss** schnellstmöglich durch bauliche Maßnahmen beseitigt wird. Daneben müssen die durch parkenden LKWs entstandenen Probleme mit Nachdruck gelöst werden.
- Heusenstamm muss weiter mit Nachdruck dafür eintreten und nach Wegen suchen, dass die **Rodgau-Ringstraße** weitergeführt und bis zur Südumgehung von Obertshausen ausgebaut wird. Nur so ist eine Entlastung der durch Rembrücken führenden Straße zu erreichen.
- Wir wollen den Bereich **Martinsee/Zwerggewann** durch den Bau eines direkteren Fuß- und Radwegs vom Weißkircher Weg aus besser an die Innenstadt anbinden und Lösungsmöglichkeiten dazu prüfen lassen.
- Die FDP schlägt vor, hinter der Schlossmühle einen die Bieber querenden Fuß- und Radweg zu bauen und so einen Rundweg um das **Schloss** zu ermöglichen.
- Den Bau von **Kreiseln** an den Kreuzungen Alte Linde und Berliner Straße/Bastenwald sieht die FDP weiterhin kritisch. Sie engen den Verkehrsraum ein und verhindern insbesondere bei den immer wieder auftretenden Staus, dass der querende Verkehr passieren kann.
- **Verkehrsinself** an Bushaltestellen hemmen den Verkehrsfluss und sollten daher nur an Stellen eingerichtet werden, wo die Fußgängerfrequenz dies nahelegt.

VII. Angebot an Kultur, Sport und Kunst sichern und wo möglich weiter ausbauen

Kunst, Sport und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität und Selbstverwirklichung des Einzelnen. Sie vermitteln aber auch die Grundwerte einer freien Zivilgesellschaft und dienen damit unserer Gesellschaft als Ganzes. Ein vielfältiges, reichhaltiges und hochwertiges Sport- und Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Stadt.

Die Politik in Heusenstamm muss deshalb der Förderung von Kunst, Sport und Kultur weiterhin einen hohen Stellenwert zumessen. Mit geeigneten Rahmenbedingungen wie insbesondere der Bereitstellung attraktiver Räumlichkeiten, Einrichtungen und Anlagen muss die Stadt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein breit gefächertes Angebot nicht nur durch sie selbst sondern auch durch Vereine und die Bürgerschaft möglich ist.

Einrichtungen und Baulichkeiten müssen erhalten und geänderten Anforderungen angepasst werden. Nur so können Vereine ihre Anziehungskraft erhalten und weiterhin Mitglieder und Ehrenamtliche für sich gewinnen.

Mit dem Sport- und Kulturzentrum Martinsee sowie dem Hallenbad bietet unsere Stadt Vereinen und Bürgern hervorragende Möglichkeiten, ihren Sport auszuüben und Veranstaltungen durchzuführen. Die Kosten für beide Einrichtungen wurden für 2020 mit 2,8 Mio. Euro veranschlagt, gegenüber 1,8 Mio. Euro vor fünf Jahren. Sie binden damit gegenwärtig einen großen Teil der finanziellen Möglichkeiten der Stadt bei den sog. freiwillige Leistungen. Weiteren Kostensteigerungen muss entgegengewirkt werden.

Zu den herausragenden historischen Gebäuden in Heusenstamm zählt insbesondere das Rathaus-Schloss. Auf unsere Initiative wurden die Sanierung und eine mögliche Nutzung des Dachgeschosses in den Katalog der Maßnahmen aufgenommen, für die eine Förderung beantragt werden soll. Neben dem Erhalt der Bausubstanz ist uns auch die Pflege und weitere Herrichtung der umliegenden Schlossanlagen ein besonderes Anliegen.

Für die FDP gilt:

- Zur Vermeidung von Steuerhöhungen treten wir dafür ein, die Kostenstrukturen beim **Sport- und Kulturzentrum Martinsee** sowie dem **Hallenbad** zu überprüfen. Für das Sport- und Kulturzentrum sind Mehreinnahmen durch eine bessere Vermarktung insbesondere auch für kulturelle Veranstaltungen anzustreben.
- Um Kosten zu begrenzen und den Erhalt des Angebots zu sichern, treten wir dafür ein, mit den nutzenden Vereinen Möglichkeiten für vermehrte **Eigenleistungen** etwa bei der Pflege und dem Betrieb zu prüfen.

- Die bereits vor drei Jahren beschlossene Prüfung möglicher Varianten zur Sanierung des **Hartplatzes** für die Fußballer ist endlich umzusetzen. Die wirtschaftlichste Lösung ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zügig zu realisieren.
- Die **TSV** soll bei der Suche nach Lösungen für ihre in die Jahre gekommene **Turnhalle** und bei der Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten unterstützt werden. Dabei wollen wir, dass Ansätze im Zusammenhang mit dem Eigentümerwechsel beim Campusgelände sondiert und soweit wie möglich genutzt werden.
- Den **Saal der Vereine** über der Feuerwehr wollen wir erhalten. Ein sog. **Familienzentrum** in der Altstadt kann keinen Ersatz bieten. Zudem würde es inmitten von Wohnhäusern liegen und keine Parkmöglichkeiten bieten.
- Wir wollen das Angebot an **Kleinkunst**, Musik, Lesungen, Ausstellungen und Filmen dauerhaft erhalten und wo möglich erweitern. Zur Finanzierung soll ein intensives Werben für das Sponsoring kultureller Aktivitäten beitragen.
- Als einen möglichen Ort für derartige Veranstaltungen sehen wir die seit Jahren leerstehende **Schlossmühle**. Zusammen mit der Scheune und dem Innenhof ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, bei geeigneter Witterung auch für Open-Air-Abende. Der Ankauf oder die Anmietung der Scheune soll geprüft werden.
- Die zahlreichen Vereine und Gruppen, deren Mitglieder durch ihren Einsatz einen vielfältigen Beitrag zum kulturellen und sportlichen Leben in unserer Stadt leisten, sollen auf der Basis durchschaubarer und objektiver Regelungen im Rahmen der Möglichkeiten weiterhin finanziellen unterstützt werden. Dabei wollen wir die **Jugendarbeit** in besonderem Maße berücksichtigt wissen.
- Wir sehen Möglichkeiten, die zahlreichen Aktivitäten insbesondere zeitlich besser aufeinander abzustimmen und vorhandene Ressourcen effektiver zu nutzen. Dazu unterstützen wir die Gründung eines **Vereins- oder Kulturrings**.
- Das **Haus der Stadtgeschichte** wollen wir weiterentwickeln. Wechselausstellungen, Veranstaltungen und Kooperationen bieten Ansätze zu einer weiteren Belebung.
- Die Erhaltung von **Kulturdenkmälern** sowie die Förderung des Geschichtsbewusstseins ist uns ein wichtiges Anliegen. Dazu leistet der Heimat- und Geschichtsverein wertvolle Arbeit.
- Im **Hofgut Patershausen** möchten wir eine Ausstellung und Dokumentation zu diesem in der Region einmaligen Zeugnis der Zeitgeschichte etablieren. Diese soll in den der

Stadt zur Verfügung gebliebenen Räumlichkeiten eingerichtet und naturverträglich zugänglich gemacht werden.

- Die FDP tritt für eine Intensivierung der **Städtepartnerschaften** ein. Die Schlossallee könnte zur Allee der Verschwisterung erklärt, die Plätze auf ihrer Achse aufgewertet und nach den Partnerstädten von Heusenstamm benannt werden.

VIII. Bürgerengagement und Ehrenamt stärken

Für die FDP gehören Engagement und Mitwirkung möglichst vieler Bürger zu den Elementen, die das Leben in der Stadt lebenswert machen. Viele Angebote in Vereinen oder den Kirchengemeinden sowie wichtige Hilfsdienste beispielsweise der Feuerwehr oder des Deutschen Roten Kreuzes könnten ohne die oft aufopferungsvolle Arbeit der Mitglieder und ehrenamtlichen Helfer nicht erbracht werden.

Diese Beteiligung am Zusammenleben bildet eine wesentliche Stütze für unser Gemeinwesen. Sie verdient hohe Anerkennung und muss weiter gestärkt und gefördert werden.

Für die FDP gilt:

- Die Förderung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements von Bürgern muss durch begleitende Maßnahmen verstärkt werden. Um Bürger und Vereine bei ehrenamtlichen Tätigkeiten besser zusammenführen zu können, soll eine **Koordinierungsstelle** eingerichtet werden.
- Ob eine „**Ehrenamtsbörse**“ oder „**Engagements-Lotsen**“ dazu ein geeigneter Weg sind, muss mit den Vereinen geprüft werden, wie auch die Frage, ob eine Anbindung bei der Stadt erforderlich ist.
- Als möglichen Ort, an dem neue „**Ermöglichungsstrukturen**“ geschaffen werden können, sehen wir Räume in der Schlossmühle oder dem sogenannten „**Hammer-Haus**“, für dessen Sanierung und Erweiterung wir eintreten.
- Dem Beispiel unserer Nachbarstadt Offenbach folgend soll die Einrichtung einer **Bürgerstiftung** geprüft werden. Damit sollen alle angesprochen werden, die sich durch finanzielle Zuwendungen für unser Gemeinwesen einbringen wollen. Mit Erträgen aus dem Stiftungsvermögen oder durch zur zeitnahen Verwendung bestimmte Zustiftungen sollen Projekte, die unser Gemeinwesen stärken, unterstützt bzw. möglich werden.
- Zu den Pluspunkten der Stadt Heusenstamm zählt das städtische Grün, wie Bäume, Rasenflächen, Blumenkübel und sonstige Anpflanzungen aller Art. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bürger gerade in Zeiten zunehmender Trockenheit **Patenschaften** bei der Pflege dieser Anlagen übernehmen.
- Die **Anerkennung** für das ehrenamtliche Engagement muss weiter in geeigneter Weise zum Ausdruck gebracht werden; Ehrungen verdienter Bürger, die Einrichtung eines jährlichen "Ehrenamtstags" und sonstige Veranstaltungen sind Beispiele.

- Für die FDP ist der Grundsatz der **repräsentativen Demokratie** unverzichtbar. In Förderprogrammen vorgeschriebene neue Formen der Bürgerbeteiligung, wie die sog. „**Lokale Partnerschaft**“ beim sog. Stadtumbaukonzept oder ähnliche Arbeitskreise bieten Raum für die Einbringung von Ideen.
- Ergebnisse eines zufälligen Teilnehmerkreises dürfen aber nicht instrumentalisiert und dazu benutzt werden, gewählte Gremien in ihrer **freien Entscheidungsfindung** zu beeinträchtigen.

IX. Effiziente Verwaltung, die digitale Techniken bürgerfreundlich anwendet

Die Bedeutung einer gut funktionierenden Stadtverwaltung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie muss so aufgestellt sein, dass sie den sich ständig verändernden Anforderungen gerecht werden kann. Dazu gehören vor allem motivierte und gut geführt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, erforderliche Mittel bereitstellen und die Prioritäten richtig setzen.

Für die FDP gilt:

- Wir wollen, dass es Bürgerinnen und Bürgern durch **Online-Angebote** ermöglicht wird, Wege zu sparen und Verwaltungsvorgänge möglichst einfach zu erledigen.
- Verwaltungsintern sollen Prozesse durch die **Digitalisierung** schlanker und effizienter gestaltet werden. Die Transparenz von politischen Vorgängen und Verwaltungshandeln soll durch ihren Einsatz erhöht werden.
- Das auf unser Drängen nach langer Zeit endlich in Betrieb genommene **Ratsinformationssystem** wollen wir weiter ausbauen. So soll die Umsetzung oder der Stand der Bearbeitung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nachvollziehbar werden.
- Begrenzte Mittel machen es erforderlich, die **Verwaltung zu straffen** und auf ideologisch motivierte wie auch auf „nice-to-have-Bereiche“ zu verzichten. Eine Stabsstelle mit einem „Vielfältigkeitskonzept“ zu betrauen, halten wir für überprüfenswert. Aufwand und Nutzen müssen stets abgewogen werden.
- Durch Förderprogramme getriebene Projekte, die sich auch dank fragwürdiger Richtlinien nur mühsam durchführen lassen, binden unnötig Ressourcen. Kritisch sehen wir deshalb die weitere Beteiligung am Programm „**Demokratie leben**“, auch wenn die dahinterstehende Absicht unterstützenswert ist.
- Ressourcen und Potentiale im Rathaus sind optimal zu nutzen. Das fängt bei einer **ausgewogenen Dezernatsaufteilung** unter den hauptamtlichen Magistratsmitgliedern an, die wir für nicht verwirklicht halten.
- Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Magistrat dem Stadtparlament durch **regelmäßige Berichte** aus den Fachdiensten und Stabsstellen über aktuelle Entwicklungen und die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung laufenden Arbeitsprogramme berichtet.

- Die FDP möchte, Beispielen anderer Kommunen folgend, dass für den Magistrat eine **Geschäftsordnung** eingeführt wird, um die Abläufe und die Einbindung der Mitglieder zu verbessern.
- Ehrenamtlichen **Magistratsmitgliedern** soll ein bestimmter Bereich in der Verwaltung zugeordnet werden, um die sie sich in besonderer Weise kümmern.
- Bevor zusätzliche Verwaltungsflächen geschaffen werden, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, vorhandenen **Büroraum** durch neue Konzepte besser zu nutzen. Room-Sharing oder Homeoffice-Modelle können zudem mehr Flexibilität im Berufsalltag ermöglichen.

X. Last but not least Rembrücken: Ein Stadtteil - zwei Perlen

Das im Zuge der Gebietsreform 1977 nach Heusenstamm eingemeindete damalige Nachbardorf kann -wie unsere Stadt insgesamt- auf eine beeindruckende und gut dokumentierte Geschichte zurückblicken. Der noch heute erlebbare dörfliche Charakter des „alten Orts“ einerseits und die ab 1966 entstandene Hubertussiedlung andererseits prägen den Stadtteil und geben ihm seinen ganz besonderen Charme. Diesen wollen wir erhalten.

Die in Rembrücken vor der Kulisse der Altstadt und in den Höfen gefeierten Feste haben zum Teil schon Kultstatus. Sie zeigen das große Engagement der Bürger auch dort.

Verbesserungen wollen wir für Rembrücken insbesondere beim Verkehr und bei der Versorgung erreichen.

Für die FDP gilt:

- Die **S-Bahn-Anbindung** durch die S1, für Bürger in Rembrücken bedeutender als die S2, ist zu verbessern. Die Stadt muss auch bei dieser Linie auf mehr Zuverlässigkeit bestehen, die Kapazität und die Frequenz der Züge ist zu erhöhen.
- Die Taktung der S1 und der **Buslinie OF 30** ist besser aufeinander abzustimmen.
- Um zeitliche oder räumliche Angebotslücken beim **ÖPNV** zu schließen, sehen wir auch für Rembrücken die Einführung von Taxigutscheinen für bestimmte Personengruppen als geeigneten Weg für Verbesserungen.
- Die **Rodgau-Ringstraße** ist bis zur Südumgehung von Obertshausen weiterzubauen, um Rembrücken vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Zusammen mit der Stadt Rodgau ist eine Lösung zur Realisierung dieses Projekts mit Nachdruck zu verfolgen.
- **Bürgersteige** und Kantsteine müssen in der ganzen Stadt besser instandgesetzt werden. Menschen in Rollstühlen und an Rollatoren dürfen nicht auf der Fahrbahn gehen müssen, weil Wege wegen Beschädigungen nicht gefahrlos benutzt werden können.
- Für **mehr Einkaufsmöglichkeiten** wollen wir gezielt mobile Einzelhändler ansprechen, damit sie ihre Waren zu regelmäßigen Zeiten in Rembrücken anbieten.
- Das Angebot für Zusammenkünfte wollen wir verbessern. Das **Haus der Begegnung** soll dafür um ein Café ergänzt werden.



- Wir treten dafür ein, dass die Stadt das Engagement der Bürger bei der **Ausrichtung von Festen** unterstützt, wobei der besondere Charakter der Veranstaltungen jeweils gewahrt bleiben soll.
- Der Arbeit des **Bürgerforums Rembrücken** zollen wir unseren Respekt. Wir stehen den Akteuren für Ihre Anliegen gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Heusenstamm, den 11.01.2021